

Kein Wässerchen kann ihn trüben

Arbeitsmarkt. Selbst wenn sich die Konjunktur abkühlen sollte, würde das in diesem Jahr nicht mehr auf den deutschen Arbeitsmarkt durchschlagen. Dieser brummt wie selten zuvor. Nörgler gibt es trotzdem – die Qualität der neu entstandenen Jobs ließe zu wünschen übrig, sagen sie. Zu Unrecht.

Lediglich rund 2,9 Millionen Arbeitslose suchten zuletzt eine neue Stelle. Und der übliche Herbstaufschwung dürfte die Arbeitslosenzahl sogar auf 2,7 Millionen drücken. Normalerweise steigt die Zahl im kalten Dezember wieder, aber mehr als 3 Millionen Arbeitslose werden es wohl nicht werden.

Risiken wie die Eurokrise werden kurzfristig keine Auswirkungen ha-

ben – selbst wenn sie die Konjunktur negativ beeinflussen sollten. Denn der Arbeitsmarkt reagiert erst mit einer rund halbjährlichen Verzögerung. Das liegt daran, dass Unternehmen Personalentscheidungen in der Regel langfristig planen.

Der Arbeitsmarkt profitiert momentan vor allem von einer kräftigen und stabilen Nachfrage nach Arbeitskräften. Das zeigt sich nicht nur

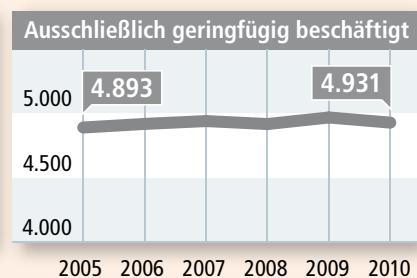
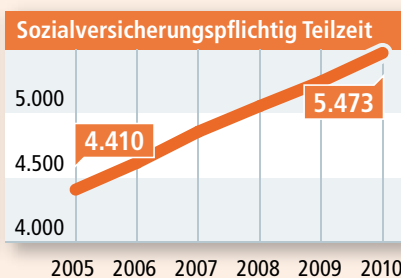
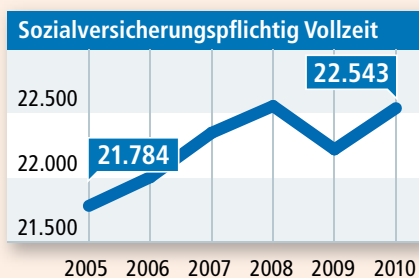
in der rückläufigen Arbeitslosigkeit, sondern auch in der zunehmenden Beschäftigung.

Gegenüber dem Jahr 2010 steigt die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Jahr um voraussichtlich 1,2 Prozent, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten legt sogar um 2,5 Prozent zu.

Unter den neuen Jobs sind auch viele Vollzeitstellen (Grafik). Seit 2006 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten um knapp 800.000. Noch stärker kletterte in den vergangenen Jahren allerdings die Zahl der →

Viele neue Vollzeitstellen

Beschäftigte in Deutschland in 1.000



Jeweils Dezember; geringfügig beschäftigt: Verdienst ist regelmäßig nicht höher als 400 Euro; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 32

Inhalt

Mittelstand: Der industrielle Mittelstand glänzt mit beachtlichen Umsatzzuwächsen und neuen Beschäftigungschancen. Seite 3

Grund- und Gewerbesteuer: Die deutschen Kommunen haben die Hebesätze zum Teil massiv angehoben. Seite 4

Telearbeit: Weltweit arbeiten immer mehr Menschen von zu Hause. Davon profitieren Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Seite 5

Verpackungen: Seit Jahren produzieren die Deutschen immer weniger Abfälle, obwohl sie mehr konsumieren. Seite 6

Nachhaltige Immobilien: Firmen können Gebäude ab sofort einfacher und kostengünstiger zertifizieren lassen. Seite 7

Messewirtschaft: Die deutsche Messebranche hat im vergangenen Jahr fast wieder das Niveau von 2008 erreicht. Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



→ sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten.

Mitunter wird argumentiert, die positive Arbeitsmarktentwicklung sei ohne Wert, da das deutsche „Jobwunder“ einzig auf einer Zunahme sogenannter atypischer Beschäftigungsverhältnisse beruhe – also Befristungen, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung und Zeitarbeit. Und das seien meist prekäre Jobs – also unsicherer und schlecht bezahlt.

Doch die Daten widerlegen diese Auffassung. So steht dem kräftigen Anstieg bei der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung schon seit 2005 eine stagnierende Zahl geringfügig Beschäftigter gegenüber. Minijobs erfreuen sich lediglich als Nebenjobs wachsender Beliebtheit – also als Zubrot für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Die Zahl der befristet Beschäftigten hat zwar seit 1999 zugenommen, doch dies beruht in erster Linie

auf einer geänderten statistischen Erfassung (Kasten).

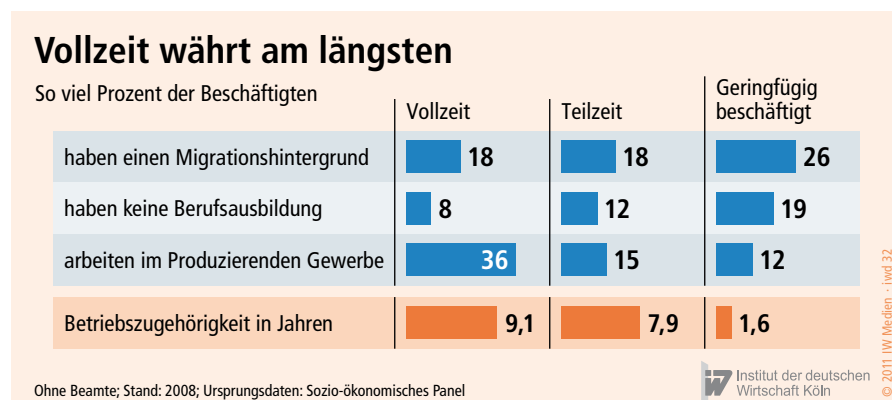
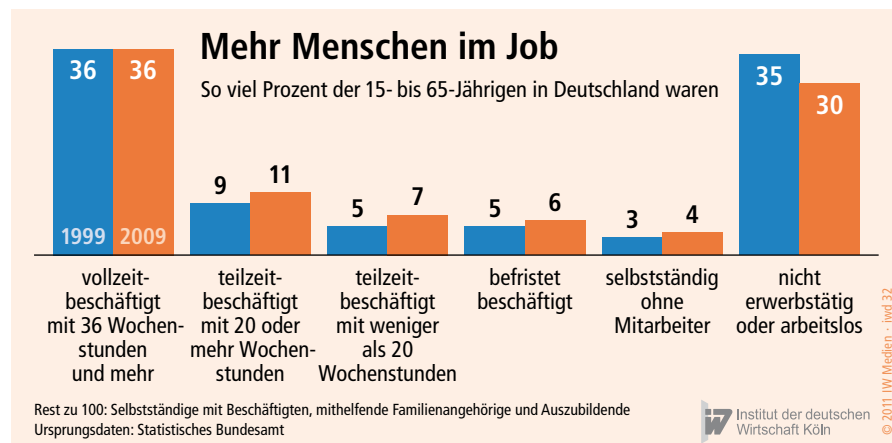
Zudem gibt es unterm Strich eine Menge neuer Stellen. Wo diese entstanden sind, zeigt die Verteilung der Erwerbsformen. Von 1999 bis 2009 ist der Anteil der Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten deutlich gestiegen (Grafik). Auch bei den Selbstständigen ohne eigene Beschäftigte gab es Zuwächse. All das ging jedoch nicht auf Kosten der unbefristet Vollzeitbeschäftigten – sie machen nach wie vor 36 Prozent der Erwerbsbevölkerung aus. Der Anteil der Nichterwerbstätigen und Arbeitslosen wurde dagegen zuletzt immer kleiner. Offensichtlich haben Minijobs und Teilzeit also Menschen wieder zurück in den Arbeitsmarkt geholt.

Das gilt vor allem für Frauen. Sie arbeiten häufiger als Männer in Teilzeit, weil sie Familie und Beruf unter einen Hut bekommen müssen. Teil-

zeiter müssen allerdings gegenüber gleichartig beschäftigten Vollzeitarbeitnehmern keinen nennenswerten Lohnabschlag hinnehmen, und der Job ist auch nicht unsicherer.

Das Gleiche gilt für Zeitarbeitnehmer. Die meisten sind unbefristet und sozialversicherungspflichtig in Vollzeit beschäftigt. Zwar ist die durchschnittliche Fluktuation hoch, aber dies liegt unter anderem daran, dass Beschäftigte beim Kundenunternehmen bleiben – der sogenannte Klebeffekt.

Lediglich geringfügig Beschäftigte haben ein höheres Armutsrisiko. Der Grund: Minijobs sind vor allem in kleinen Betrieben und im Dienstleistungssektor zu finden – und dieser entlohnt tendenziell schlechter als das Produzierende Gewerbe. Doch gerade Minijobs sind für viele Geringqualifizierte die einzige Chance, überhaupt wieder einer Arbeit nachzugehen.



Die Mär der vielen Befristungen

Auf den ersten Blick steigt die Zahl der befristet Beschäftigten rasant: von 2,8 Millionen im Jahr 1999 auf 3,4 Millionen im Jahr 2009. Doch das liegt nicht daran, dass Unternehmen ihre Mitarbeiter nicht lange an sich binden – sondern an einer Umstellung der Erfassungsweise. Bis 2004 wurden die Daten einmal jährlich im Frühjahr erhoben. Ab 2005 erfolgt die Erhebung über das ganze Jahr verteilt. Die Folge: Befristet Beschäftigte, zum Beispiel Verkaufshilfen im Weihnachtsgeschäft, die früher wegen der Zählung im Frühjahr nie erfasst wurden, gehen nunmehr in die Statistik ein. Ein Vergleich der Zahlen vor 2005 mit späteren Jahren verbietet sich daher. Betrachtet man die Zeiträume bis 2004 und ab 2005 separat, bleibt vom vermeintlichen Anstieg der Befristungen kaum etwas übrig.

Gut gelaunt, aber nicht euphorisch

Mittelstand. Nach der Wirtschaftskrise des Jahres 2009 glänzt der industrielle Mittelstand nun wieder mit beachtlichen Umsatzzuwächsen und neuen Beschäftigungschancen. Die hohen Energie- und Rohstoffpreise lassen die Bäume allerdings nicht in den Himmel wachsen.

Im vergangenen Jahr lief in den kleinen und mittleren Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes noch nicht alles rund. Zwar meldeten sechs von zehn Betrieben Umsatzzuwächse, doch ein Viertel musste noch Geschäftseinbußen hinnehmen.

Mittlerweile sieht das Bild viel besser aus. Von den Industriebetrieben, die der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) im Frühjahr für sein Mittelstandspanel befragt hat, schätzen 54 Prozent ihre aktuelle Lage als gut oder sehr gut ein, nur 17 Prozent bewerten sie als schlecht.

Auch auf den weiteren Jahresverlauf blicken die meisten Unternehmen mit viel Zuversicht (Grafik):

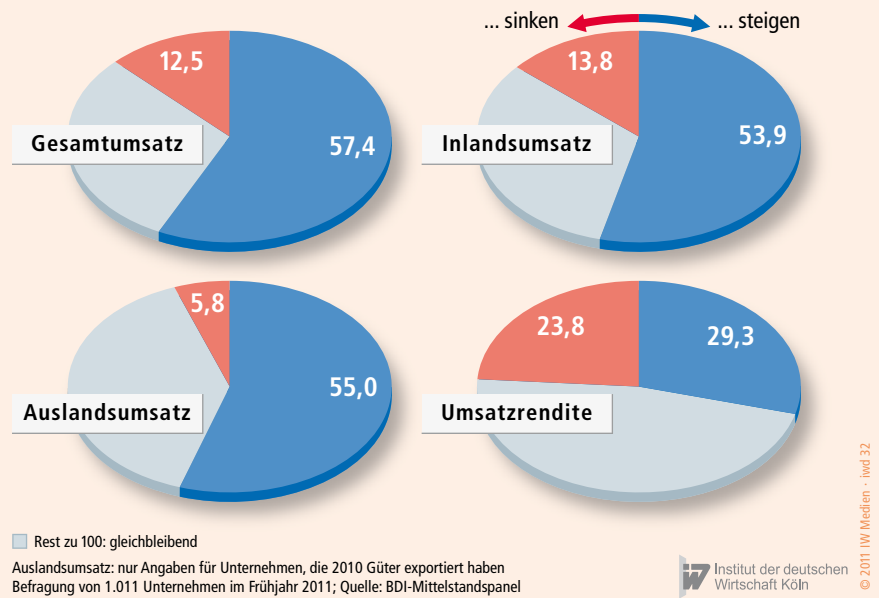
Für 2011 rechnen 57 Prozent der industriellen Mittelständler mit einer Umsatzsteigerung, nur rund 13 Prozent befürchten ein Minus.

Zwar beansprucht ein Fünftel der Firmen ihre Kapazitäten zu weniger als drei Vierteln, genauso viele aber erwarten, dass ihre Kapazitäten in diesem Jahr vollständig ausgelastet sein werden. Deshalb müssen sie aller Voraussicht nach ihren Maschinenpark erweitern.

Vor diesem Hintergrund plant immerhin jedes vierte Industrieunternehmen, im weiteren Jahresverlauf zusätzliches Personal einzustellen.

Mittelstand: Weiterhin optimistisch

So viel Prozent der mittelständischen Unternehmen in der Industrie erwarten, dass die folgenden Kennzahlen 2011 ...



Nur jeder zehnte Betrieb wird wohl Stellen abbauen müssen. Besonders gut sind die Beschäftigungsaussichten bei den Firmen mit mindestens 100 Mitarbeitern – vier von zehn wollen 2011 zusätzliche Arbeitsplätze anbieten.

Ganz ungetrübt ist die Laune allerdings nicht. So geben gut drei Viertel aller befragten Unternehmen an, dass die steigenden Rohstoffpreise ihre Erträge schmälern. Deshalb erwarten lediglich 29 Prozent der Betriebe für dieses Jahr eine höhere Umsatzrendite als 2010, rund 24 Prozent rechnen mit einem Gewinnrückgang.

Auch was die Politik angeht, sind die industriellen Mittelständler nicht wunschlos glücklich. Zum Beispiel befürworten sieben von zehn Unternehmen eine Reform der Gewerbesteuer. Ertragsunabhängige Größen wie die Zinsen sollten demnach aus der Bemessungsgrundlage entfernt

werden, um die steigende Belastung der Firmen mit diesem Kostenfaktor zu verringern. Außerdem würden fast zwei Drittel der Betriebe eine Einkommenssteuerreform begrüßen, die die kalte Progression beseitigt (vgl. Iwd 24/2011).

Der industrielle Mittelstand

Der Anteil der Großunternehmen ist in der Industrie höher als im Sektorservice. Dennoch sind die meisten Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes Mittelständler: 98 Prozent der 270.000 Firmen haben weniger als 500 Mitarbeiter. Ein wesentliches Merkmal dieser Betriebe ist, dass sie die meisten Bestandteile ihrer Produkte selbst herstellen. Aufgrund dieser hohen Fertigungstiefe erwirtschaftet der industrielle Mittelstand nur ein Viertel des Gesamtumsatzes des Verarbeitenden Gewerbes, obwohl er fast die Hälfte aller Industriebeschäftigten stellt.

Rekordeinnahmen winken

Grund- und Gewerbesteuer. Um ihre Finanzlage zu verbessern, haben die deutschen Kommunen die Hebesätze der Gewerbe- und vor allem der Grundsteuer zum Teil massiv angehoben. Deshalb wird das Steueraufkommen 2012 voraussichtlich auf neue Rekordhöhen steigen.

Die Finanzkrise hat die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden zwischenzeitlich um 8,6 Milliarden

Euro einbrechen lassen. Daraufhin haben viele Kommunen den Rotstift angesetzt – so wurden Schwimmbäder geschlossen und die Kulturförderung gekürzt.

Zugleich wurden aber auch die Einnahmen aus der Grund- und der Gewerbesteuer gesteigert. Denn hier können die Gemeinden das Aufkommen mitbestimmen, indem sie die Hebesätze festlegen. Vor allem bei der Grundsteuer B – diese Steuer

müssen alle Grundstückseigentümer mit Ausnahme der Eigner von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zahlen – haben die Kämmerer an der Hebesatzschraube gedreht (Grafik und Kasten):

Am stärksten stiegen die Grundsteuer-Hebesätze von 2009 bis 2011 in den Städten und Gemeinden Sachsens (plus 66 Prozentpunkte), Thüringens (plus 65 Punkte) und Baden-Württembergs (plus 54 Punkte).

Von den einzelnen Städten langten dabei Leipzig (plus 150 Prozentpunkte), Stuttgart und Gera (jeweils plus 120 Punkte) am kräftigsten zu.

Bei der Gewerbesteuer sattelten die Kommunen meist weniger drauf – schließlich machen niedrige Gewerbesteuern einen Standort attraktiver.

Insgesamt aber spülen die jüngsten Hebesatzsteigerungen viel Geld in die kommunalen Kassen. Bei der Grundsteuer B können die Städte und Gemeinden 2011 mit Einnahmen von 11,3 Milliarden Euro rechnen, das sind 700 Millionen Euro mehr als 2009.

Das Gewerbesteueraufkommen wird, auch dank der guten Konjunktur, 2011 gegenüber 2009 voraussichtlich sogar um gut 6 Milliarden Euro auf 38,7 Milliarden Euro steigen.

Für 2012 rechnen Experten mit einem Höchststand der Gewerbesteuer von 42 Milliarden Euro. Zusammen mit ihren Anteilen aus Bundes- und Landessteuern winken den Kommunen Rekorderinnahmen von 79,1 Milliarden Euro. Ob die Kämmerer den Firmen und Grundstückseignern dann niedrigere Hebesätze gönnen, ist nach bisherigen Erfahrungen aber fraglich.

Kommunen drehen an der Grundsteuerschraube

Hebesätze in Prozent 2011

■ Veränderung gegenüber 2009 in Prozentpunkten

	Gewerbesteuer		Grundsteuer B	
Sachsen	452	0	601	66
Thüringen	421	29	439	65
Baden-Württemberg	394	3	459	54
Schleswig-Holstein	418	6	467	41
Saarland	450	22	460	30
NRW	457	10	487	26
Mecklenburg-Vorpommern	427	3	428	22
Bayern	447	0	484	19
Rheinland-Pfalz	402	4	392	16
Sachsen-Anhalt	450	0	462	15
Niedersachsen	422	5	455	8
Brandenburg	408	16	467	6
Hessen	434	2	420	1
Berlin	410	0	810	0
Bremen	432	0	571	0
Hamburg	470	0	540	0

Hebesätze: Gewichteter Durchschnitt der Hebesätze von Städten und Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern; Grundsteuer B: Grundsteuer auf Grundstücke mit Ausnahme von land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken; Ursprungsdaten: DIHK

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 32

Hebesatz

Als Hebesatz bezeichnet das Gemeindesteuerrecht einen von den Kommunen festgelegten Faktor zur Ermittlung der Grundsteuer- und der Gewerbesteuerschuld. Dazu wird der Hebesatz mit dem Steuermessbetrag multipliziert. In der Gewerbesteuer ergibt sich dieser Messbetrag wiederum aus dem Gewerbeertrag, der mit der seit 2009 einheitlich auf 3,5 Prozent festgelegten Steuermesszahl multipliziert wird. In der Grundsteuer wird bei Grundstücken die Grundsteuermesszahl von 2,6 bis 3,5 Promille – je nach Bebauung – auf den Einheitswert des Grundstücks angewendet, um den Steuermessbetrag zu erhalten. Dabei basiert der Einheitswert in der Regel auf der erzielbaren Jahresrohmiete auf dem Stand von 1964.

Homeoffice beim Hurrikan

Telearbeit. Weltweit arbeiten immer mehr Menschen von zu Hause. Davon profitieren Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen. Vermeintliche Entwicklungsländer sind in Sachen Homeoffice sogar Vorreiter.

Im Frühjahr 2011 entwurzelten Stürme in den USA Bäume und zerstörten Straßen. Tausende Amerikaner mussten zu Hause bleiben – es blieb allerdings deutlich weniger Arbeit liegen als früher in vergleichbaren Situationen. Denn Telearbeit, also das Arbeiten mittels Telefon und Internet vom heimischen Schreibtisch, ist in den USA weit verbreitet – sogar 114.000 Staatsdiener machen Homeoffice. Doch nicht nur in den Vereinigten Staaten wird Telearbeit immer gängiger:

Bis 2014 wird die Hälfte der arbeitenden Weltbevölkerung räumlich und/oder zeitlich flexibel arbeiten.

Das prognostiziert die Unternehmensberatung Booz & Co. Schon heute sind viele Länder in puncto Telearbeit weit gekommen – gerade die BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China (Grafik).

In Deutschland klafft bei der Telearbeit aus Sicht der Arbeitnehmer noch eine Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Das legen zumindest die Ergebnisse einer Befragung des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien nahe:

Im Jahr 2010 arbeiteten 10 Prozent der Beschäftigten in Deutschland gelegentlich von zu Hause. Allerdings würden weitere 37 Prozent gern an einigen Wochentagen ins Homeoffice gehen, 20 Prozent sogar täglich.

Telearbeit: Indien führt

Auf die Frage „Müssen Sie körperlich an Ihrer Arbeitsstelle anwesend sein, um produktiv arbeiten zu können?“ antworteten so viel Prozent der Beschäftigten

- „Nein, mit entsprechender Technologie kann ich außerhalb des Unternehmens genauso produktiv sein.“
 □ „Ja, für einige Besprechungen ist die Anwesenheit erforderlich, aber nicht für die tägliche Arbeit.“
 ■ „Ja, ich sollte nach Möglichkeit täglich am Arbeitsplatz sein.“

Land	„Nein, mit entsprechender Technologie kann ich außerhalb des Unternehmens genauso produktiv sein.“	„Ja, für einige Besprechungen ist die Anwesenheit erforderlich, aber nicht für die tägliche Arbeit.“	„Ja, ich sollte nach Möglichkeit täglich am Arbeitsplatz sein.“
Indien	79	14	7
Brasilien	43	34	23
Russland	41	20	39
China	37	44	19
Mexiko	37	22	41
Frankreich	37	19	44
USA	35	25	41
Vereinigtes Königreich	34	21	45
Spanien	33	25	42
Australien	30	27	43
Deutschland	27	16	57
Japan	23	21	56
Italien	22	25	53

Befragung von 1.303 Beschäftigten in Unternehmen mit mindestens zehn Mitarbeitern zwischen dem 16. August und 7. September 2010; Quelle: Cisco

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 32

Vorteile und Nachteile der Telearbeit

- + Freie Zeiteinteilung
- + Ungestörtes, selbstständiges Arbeiten
- + Beschäftigte sparen Fahrtkosten und Fahrzeit, Betriebe Miete
- + Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- + Strukturschwache Regionen können belebt werden
- + Kontakt zum Betrieb kann während der Elternzeit aufrechterhalten werden
- + Wiedereingliederung nach längerer Krankheit ist leichter möglich
- Weniger persönlicher Kontakt und weniger Erfahrungsaustausch mit Kollegen
- Nur für Beschäftigte geeignet, die sich selbst gut motivieren können

Die Wirtschaft wird immer aktiver in puncto Telearbeit: Mit 22 Prozent praktizierten im Jahr 2009 fast dreimal mehr Unternehmen Telearbeit als 2003 mit nur knapp 8 Prozent. Das ergab der Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit, den das Institut der deutschen Wirtschaft Köln alle drei Jahre für die Bundesregierung erhebt.

Alle Studien und Befragungen haben zudem einen gemeinsamen Tenor: Dass Unternehmen ihren Mit-

arbeitern Telearbeit ermöglichen, ist für beide Seiten sinnvoll (Kasten). Zwei Gründe sind aus Firmensicht besonders wichtig:

- Der Kampf um die besten Köpfe ist weltweit in vollem Gange. Also müssen die Unternehmen optimale Arbeitsbedingungen bieten.
- Mit dem Angebot der Telearbeit wirtschaften Unternehmen zudem nachhaltig, weil weniger Fahrten zwischen Arbeitsplatz und Zuhause die Umwelt entlasten.

Bundesbürger vermeiden Müll

Verpackungen. Wohin mit gebrauchten Dosen, Tüten und Kartons? Die Entsorgung von Verpackungen war lange eine Kernfrage der deutschen Umweltpolitik. Doch seit Jahren produzieren die Deutschen immer weniger Abfälle, obwohl sie mehr konsumieren.

Auch wenn nur Milch, Müsli und Waschmittel auf der Einkaufsliste stehen, landen sie bei jedem Einkauf mit auf dem Kassenband: Verpackungen. Und wegen ihrer vielen nützlichen Funktionen sind sie kaum wegzudenken – Verpackungen stellen das Produkt attraktiv dar, informieren über Inhaltsstoffe und Haltbarkeit, und sie gewährleisten, dass der Inhalt sicher transportiert und gelagert werden kann. Wenn die Milch getrunken, das Müsli gegessen und das Waschmittel aufgebraucht ist, landet die Verpackung im Hausmüll, also im gelben Sack oder in der blauen Tonne.

Bis vor 20 Jahren nahm der Verpackungsmüll immer weiter zu. Mit

der Trennung und Verwertung dieser Abfälle wurde jedoch der Recycling-Anteil deutlich erhöht. Und obwohl die Bundesbürger immer mehr konsumieren, wächst der Abfallberg nicht mit. Im Gegenteil: Von zwischenzeitlichen Anstiegen einmal abgesehen, ist die Menge an eingesammelten Verpackungen seit langem rückläufig (Grafik).

Im Jahr 1996 wurden noch nahezu 6,1 Millionen Tonnen Verpackungen bei den Haushalten gesammelt, verwertet und entsorgt; 2009 waren es 350.000 Tonnen weniger.

Jeder Einwohner der Bundesrepublik konnte damit seine Verpackungsmengen von 74 Kilogramm im Jahr 1996 auf 70 Kilogramm im Jahr 2009 senken – ohne sich beim Konsum zu kasteien.

Denn der private Verbrauch stieg im Zeitraum von 1996 bis 2009 um 11,4 Prozent, während die Masse der eingesammelten Verpackungen um 5,7 Prozent zurückging. Das heißt: Bei gleichem Konsum fallen heute

Aus alt mach neu

Taschen aus dem abgewetzten Leder von Bällen und Turngeräten, aus Gymnastikmatten, Lkw-Planen und Armeezelten, Sitzkissen aus Plastik- oder Milchtüten – geschickte Bastler und Designer machen aus dem, was andere wegwerfen, spannende neue Produkte. Dieser Trend nennt sich Upcycling. Beim Recycling dagegen stellt die Industrie aus Verpackungen und sonstigem wiederverwertbaren Abfall wie Altpapier, Altglas, Metallschrott oder Kunststoff neue Produkte her. So entstehen aus gebrauchten PET-Getränkeflaschen vor allem Kleidung und Textilien wie Fleece-Pullover oder Handschuhe, aber auch Rucksäcke und Schirme, Folien und neue Verpackungen für Reinigungsmittel oder auch für Kosmetika.

gut 15 Prozent weniger Verpackungen an.

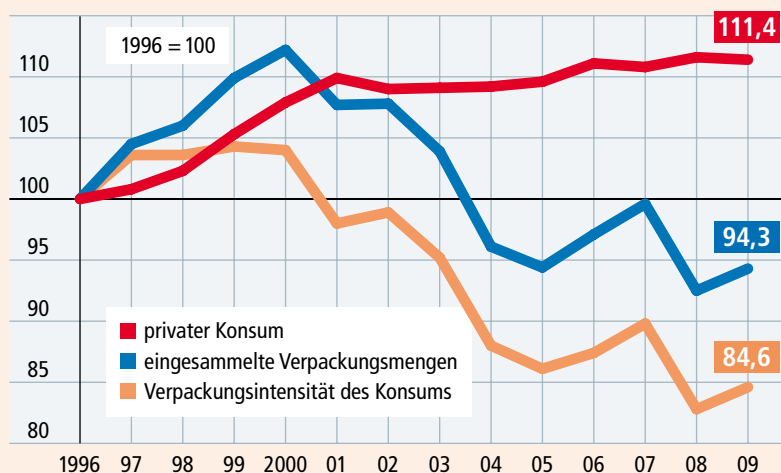
Für diese positive Entwicklung gibt es mehrere Gründe:

1. Vor allem bei Glas- und Metallverpackungen ist das Volumen deutlich zurückgegangen. Die klassischen Materialien für Flaschen und Dosen wurden zu einem großen Teil durch Kunststoff und Verbundstoffe wie Getränkkartons ersetzt.

2. Verpackungen sind leichter und Material sparer geworden. So können Getränkedosen heute mit einem sehr viel geringeren Verbrauch an Grundstoffen stabil gemacht werden als noch vor 20 Jahren.

3. Nicht zuletzt werden Verpackungen auch immer effizienter gefertigt. Eine verbesserte Zusammenarbeit von Verpackungsherstellern, Konsumgüterproduzenten, Handel und Entsorgungswirtschaft hilft bei der Entwicklung und dem Einsatz von Verpackungen, die all den unterschiedlichen Ansprüchen von Industrie, Handel und Verbrauchern gerecht werden.

Verpackungen: Mehr Konsum, weniger Abfall



Gold für mehr Grün

Nachhaltige Immobilien. Die Zertifizierung von Büro- und Verwaltungsgebäuden war bisher sehr aufwendig und teuer. Das soll sich nun mit dem Siegel der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen und ihrer neuen sogenannten Masterzertifizierung ändern.

Die Deutsche Bank hat ihre Frankfurter Bürotürme saniert. Der Energieverbrauch ist dadurch um die Hälfte gesunken, der Wasserverbrauch um mehr als 70 Prozent und die CO₂-Emissionen sogar um fast 90 Prozent. Was bei Eigenheimen schon längst getan wird, kommt nun auch bei Büro- und Verwaltungsgebäuden in Schwung – die energetische Sanierung. Immer mehr Unternehmen lassen ihre Bürogebäude mittlerweile schon in der Bauphase zertifizieren, wenn es zum Beispiel um ökologische Kriterien geht.

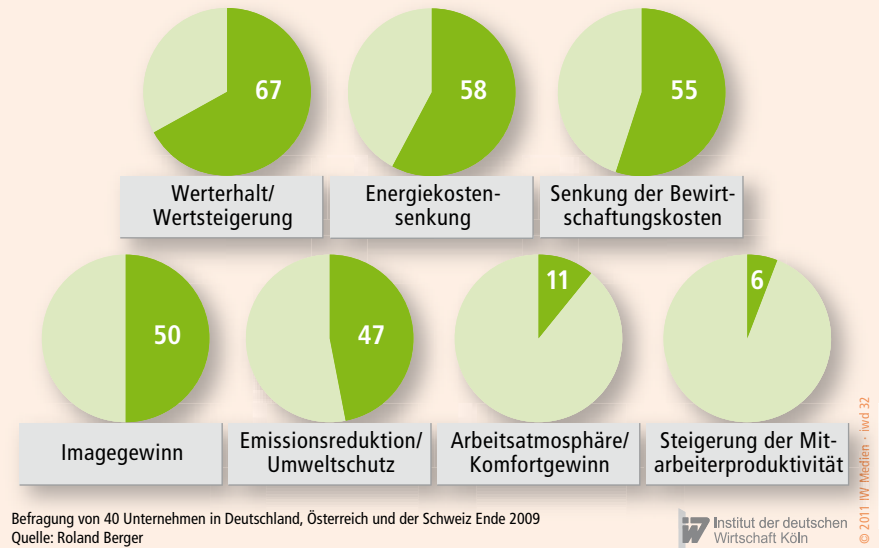
Ein Zertifikat zu bekommen, war bisher sehr teuer und aufwendig. Das will die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) nun ändern und ihr Siegel schneller vergeben. Firmen können ab sofort standardisierte und baugleiche Gebäude einfacher und kostengünstiger zertifizieren lassen. Die DGNB vergibt ihr Siegel seit 2007 in Bronze, Silber und Gold (Kasten).

Insgesamt hat die Gesellschaft bislang 208 Zertifikate vergeben.

Dass es sich für Eigentümer lohnt, Geld in Sanierungen zu stecken, zeigen mehrere Untersuchungen. Beispielsweise sind die Mieten bei zertifizierten Bürogebäuden in den USA um 6 Prozent höher als bei nicht zertifizierten Gebäuden. Der Verkaufspreis eines ausgezeichneten

Grüne Immobilien: Wirtschaftlichkeit hat Vorrang

Nach Einschätzung von Immobilienmanagern lassen Unternehmen ihre Gebäude aus diesen Gründen von der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen zertifizieren, in Prozent



Bürogebäudes liegt sogar um 16 Prozent höher.

Auch europäische Mieter sind wohl bereit, mehr für ein Büro in einem zertifizierten Gebäude zu zahlen – im Schnitt 4,5 Prozent, sagen Immobilienmanager aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Das motiviert auch die Eigentümer: Mehr als 70 Prozent nehmen höhere Investitionskosten für grüne Immobilien in Kauf. Letztlich versprechen sich die Unternehmen davon vor allem eins: Dass ihre Immobilie wertvoller wird oder zumindest nicht an Wert verliert (Grafik). Aber auch niedrigere Energiekosten motivieren viele, ihre Gebäude auf den neuesten ökologischen Stand zu bringen.

Weltweit gibt es aktuell drei wichtige Zertifikate. Das LEED-Zertifikat in den USA, das BREAM-Zertifikat in Großbritannien und das DGNB-Siegel in Deutschland. Das Problem dabei: Sie sind nur schwer miteinander zu vergleichen. So be-

urteilt das LEED-Zertifikat hauptsächlich ökologische Faktoren, während das DGNB-Zertifikat umfangreicher ist und neben ökonomischen auch soziale Aspekte integriert.

Das DGNB-Siegel

Die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) bewertet ein Objekt in den Bereichen Ökonomie, Ökologie, Prozesse, soziokulturelle und funktionale Aspekte, Technik und Standort. Insgesamt gibt es innerhalb dieser Themenfelder 51 unterschiedliche Kriterien. Bewertet werden zum Beispiel die Risiken eines Bürogebäudes für die lokale Umwelt, die Innenraumhygiene und der akustische Komfort. Untersucht werden unter anderem der Trinkwasserbedarf und das Abwasseraufkommen, der Brandschutz oder die Verkehrsanbindung. Hat ein Gebäude 50 Prozent der Kriterien erfüllt, erhält es ein Bronze-Zertifikat, ab 65 Prozent gibt es Silber und ab 80 Prozent winkt die Goldmedaille.

Mit bunten Fahnen aus dem Tal

Messewirtschaft. Nach einem starken Einbruch hat die deutsche Messewirtschaft im vergangenen Jahr das Niveau von 2008 fast wieder erreicht. Grund dafür war jedoch das turnusbedingt starke Messeprogramm.

Die Cebit in Hannover, die Internationale Süßwarenmesse in Köln und die Golf Europe in München waren drei der 157 überregionalen Messen, die 2010 in Deutschland stattfanden.

Zwar konnte die Messewirtschaft damit wieder das Niveau von vor der Krise erreichen. Die Sparmaßnahmen aus dem Vorjahr machten sich dennoch bemerkbar: So sank die vermietete Fläche um 3,2 Prozent auf 6,8 Millionen Quadratmeter.

Auch bei der Zahl der Aussteller ist die Durststrecke nicht überwunden (Grafik):

Insgesamt zählten die überregionalen Messen 2010 gut 173.000 Aussteller. Dem Plus von 0,2 Prozent

Messeplatz Deutschland: Nur langsam aus der Krise

Im Jahr 2010 fanden in Deutschland 157 überregionale Messen statt

Vermietete Fläche

6,8 Millionen
Quadratmeter

Veränderung gegenüber
Vorveranstaltungen
in Prozent

-3,2

Besucher

10,1 Millionen

Veränderung gegenüber
Vorveranstaltungen
in Prozent

-0,8

Aussteller	davon aus dem Ausland
------------	-----------------------

173.421 92.254

Veränderung gegenüber
Vorveranstaltungen in Prozent

+0,2 +2,7

So viel Prozent der
ausländischen Aussteller
kamen 2010 aus

Europäische Union	51,5
Asien	27,0
Übriges Europa	8,9
Nordamerika	6,4
Lateinamerika	2,3
Afrika	1,9
Naher Osten	1,4
Australien/Ozeanien	0,6

Quelle: Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 32

gegenüber den Vorveranstaltungen stand aber ein Einbruch von 4,3 Prozent im Vorjahr gegenüber.

Während die Zahl der deutschen Aussteller weiter um 2,6 Prozent fiel, präsentierten wieder mehr Ausländer ihre Waren auf deutschen Messen: Nach einem Minus von 5 Prozent im Jahr 2009 stieg ihre Zahl im vergangenen Jahr um 2,7 Prozent auf mehr als 92.000. An der Spitze stand wie in den Vorjahren Italien mit über 10.900 Beteiligungen, dicht gefolgt von China. Zusammen stellten diese beiden Länder fast ein Viertel aller ausländischen Aussteller auf deutschen Messen.

Mit den jüngsten Besucherzahlen kann der Messeplatz Deutschland

ebenfalls noch nicht vollständig zufrieden sein:

Im Jahr 2010 wurden 10,1 Millionen Messebesucher gezählt. Das waren aber immer noch weniger als vor der Krise.

Immerhin: Trotz schwieriger Zeiten schreiben die deutschen Messeveranstalter wieder höhere Umsätze. Nach vorläufigen Zahlen erwarten sie für 2010 einen Anstieg von 11,5 Prozent auf 2,9 Milliarden Euro.

Und in diesem Jahr geht der Aufwärtstrend offenbar weiter. Laut Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft wurden auf den überregionalen Messen im ersten Quartal sowohl mehr Aussteller als auch mehr Besucher gezählt.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich),
Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann,
Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwd wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.